

VORWORT

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat sich in der Vergangenheit wiederholt mit Fragestellungen im Bereich des öffentlichen Sektors – vorwiegend des Bundeshaushaltes – auseinandergesetzt. Dafür wurde bereits im Jahr 1964 eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet. Rechtzeitig zum Beitritt Österreichs zur EU hat diese Arbeitsgruppe eine Studie vorgelegt, in der die Auswirkungen der in den Maastrichter Verträgen geplanten „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)“ für die österreichische Wirtschafts- und Finanzpolitik analysiert werden.

Gegenstand der Arbeit sind die sogenannten fiskalischen „Maastricht-Kriterien“. Sie legen die für die geplante WWU auf Dauer tragbaren Grenzwerte für die Verschuldungspolitik der Mitgliedstaaten fest. Diese Kriterien werden untersucht und auf ihre Auswirkungen für die Spielräume einer künftigen österreichischen Wirtschafts- und Finanzpolitik hinterfragt. Die geänderten Rahmenbedingungen, insbesondere aber die eingeschränkten Autonomiespielräume bei der Wechselkurs-, der Geld- und der Finanzpolitik bringen neue Herausforderungen für die Sozialpartner und unser Land mit sich. Gleichzeitig aber bietet sich die Chance, die neuen Rahmenbedingungen aktiv mitzugestalten. Mit dieser Studie wird vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ein erster Schritt in diese Richtung gemacht.

Die Arbeit enthält einen umfangreichen Anhang. Dieser Anhang bringt Teilstudien, die von einzelnen Autoren für den Beirat zum Zwecke der Vorbereitung der Beiratsstudie bzw. zur Vertiefung von Fragestellungen erstellt wurden und zum Teil ganz neues Material beinhalten. Für den Inhalt der Studien im Anhang (blaue Seiten) sind allein die Autoren verantwortlich. Die auf den weißen Blättern gedruckten Teile stellen die Meinung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen dar.

Die vorliegende Arbeit des Beirats wäre ohne eine Vielzahl von Mitwirkenden nicht möglich gewesen. Ihnen allen, im besonderen aber dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Univ.-Prof. Dr. Manfred Gantner und dem Geschäftsführer Mag. Bruno Roßmann gilt der Dank des Beirats.

Wien, im September 1994

Werner Muhm
Vorsitzender des Beirats
für Wirtschafts- und Sozialfragen